

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Sinfartliches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpollene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpollene Kremlenzeile 30 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbedingt geschehener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Kaufend, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 11

Dienstag, den 28. Januar 1930

32. Jahrg.

Nutzholzversteigerung.

Donnerstag, den 30. Januar, 9 1/2 Uhr, sollen im Stadtwald Oppin

430 tieferne Brett- und Bauhölzer (Kahltrieb) veräußert werden.

Sammelort: Fortshaus. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 22. Januar 1930.

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Reichsfinanzminister Gosner hat sich in einer Unterredung zu dem Problem der Vereinigung und Deutschlands Stellung zur Londoner Konferenz geäußert.

* Durch Frankreichs Vorstoß in der Sicherheitsfrage sind die Verhandlungen der Seelions in ein kritisches Stadium geraten.

* Die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei wegen einer Koalitionserweiterung in Preußen scheinen diesmal zu einem positiven Ergebnis zu führen.

* Interfessionelle Besprechungen der Regierungsparteien im Reich haben zu einer Verständigung beim Zündholzwahlmonopol geführt, die vielerorts mit sehr günstigen Eindrücken aufgenommen wird.

Nachtragshaushalt 1929.

Nachdem das Reichsministerium den Nachtrag zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 verabschiedet hat, ist dieser Gesetzentwurf nunmehr dem Reichstag zur weiteren Beratung zugeleitet worden. Aus der Annahme des Youngplans ergibt sich eine Erleichterung des Reichshaushalts, die im laufenden Rechnungsjahr rund 614 Millionen Reichsmark beträgt. Der Nachtragshaushalt bezieht sich darauf, diejenigen Ausgaben zu etablieren, die zwangsläufig oder unermeldbar sind und daher ohne diese Etatierung überplanmäßig oder außerplanmäßig verbucht werden müßten. Daneben stellt der Nachtragsetz auf Grund der bisherigen Steuereinkommen die Steuererlässe richtig. Auf eine kurze Formel gebracht, geht der im laufenden Rechnungsjahr vorhandene Fehlbetrag der Erleichterungen des Youngplans auf. Es ist dem Reichsfinanzminister bei dieser Sachlage nicht möglich, einen Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwachen Schuld nach dem Geze vom 24. Dezember 1929 einzustellen. Die Anleihe-Ermächtigung und bei der gegenwärtigen Kapitalmarktlage auch der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts müssen sogar um 278 Millionen Reichsmark erhöht werden. Der gesetzlich vorgeschriebene Tilgungsfonds wird in den Haushalt für 1930 eingestellt werden.

Die Erhöhung der Anleihe-Ermächtigung um 278 Millionen Mark legt sich zusammen aus 222,5 Millionen Reichsmark, um die der in Höhe von 150 Millionen Reichsmark eingetragene Betrag für Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Rücksicht auf die Entwicklung der Finanzlage der Reichsanstalt erhöht werden muß. Er legt sich weiter zusammen aus 50 Millionen Reichsmark aus Anlaß der Beteiligung des Reiches bei der Preußenanleihe.

Im Haushalt für 1929 war vorgesehen, daß für die Luftfahrt Anleihen unter Reichsgarantie aufgenommen werden konnten und zwar für den Betrieb von außer-europäischen Luftfahrtslinien sechs Millionen Reichsmark und zur Umstellung der Luftfahrtindustrie neun Millionen Reichsmark. Diese Anleihen konnten zu erträglichen Bedingungen bisher nicht aufgenommen werden. Da ein großer Teil der durch sie zu deckenden Ausgaben nicht mehr hinausgeschoben werden kann, sind durch den Nachtrag in den Haushaltsplan Mittel in Höhe von rund 65 Millionen Mark eingestellt worden.

Auf Grund des Steuerausfalls in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres 1929 sind die Schenkungen für 1929 nachgezahlt worden. Danach ergibt sich bei den Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt eine Verbleibende von 220 Millionen Reichsmark. Da nachher die Industriebelastung als Sonderquelle für Reparationsleistungen entbehrlich ist, hat die Reichsregierung in Aussicht genommen, die im Februar 1930 fällige Rate noch einmal in Höhe von 150 Millionen zu erheben und für Zwecke des Reichshaushalts zu verwenden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung. Auf Grund dieser Berechnung befreieren sich auch die Erleichterungen des Youngplans auf rund 614 Millionen Reichsmark, während die Annuitäten-Erleichterungen nur 464 Millionen Reichsmark betragen würden. Wenn die 150 Millionen Reichsmark der Industriebelastung zum Ausgleich herangezogen werden, er-

gibt sich noch eine Verschlechterung um 79 Millionen Reichsmark. Von dem Aufkommen aus dem Einkommensteuer entfallen 1425 Millionen Reichsmark auf die Lohnsteuer, das sind gegenüber dem bisherigen Anlaß von 1300 Millionen Reichsmark 125 Millionen Reichsmark mehr. Diese 125 Millionen aber werden gemäß der Ver. Brünning für die Zwecke der knappschaftlichen Rentenversicherung und Invalidenversicherung angelegt. Die übrige Einkommensteuer bringt 10 Millionen weniger. Der Mehrbetrag der Ueberweisungen an die Länder befreit sich auf rund 15 Millionen Reichsmark. Unter Hinzurechnung der Mindereinnahme von 79 Millionen Reichsmark ergibt sich für das Reich eine Verschlechterung von rund 219 Millionen Reichsmark.

Im einzelnen sind für das Rechnungsjahr 1929 an Steuerausfällen weniger angelegt 40 Millionen Reichsmark für die Körperschaftsteuer, 33 Millionen Reichsmark für die Vermögenssteuer, 15 Millionen Reichsmark für Erbschaftsteuer, 90 Millionen Reichsmark für Umsatzsteuer. 100 Millionen Reichsmark für die Grunderwerbsteuer, 24 Millionen Reichsmark für die Gesellschaftsteuer, vier Millionen Reichsmark für die Wertpapiersteuer und 40 Millionen Reichsmark für die Börsenumsatzsteuer, außerdem noch drei Millionen Reichsmark für die Beförderungssteuer. Ein Mehr von drei Millionen ist in Anlaß gebracht für die Kraftfahrzeugsteuer, und der gleiche Betrag ist auch als Mehr für die Versicherungssteuer gelehrt worden.

Die Fülle bringen auf Grund der neuen Berechnung 99 Millionen Reichsmark weniger. Aus dem Spiritusmonopol ist eine Mindereinnahme von 45 Millionen zu verzeichnen. Es treten hinzu 45 Millionen als Mehrerlöse für die Tabaksteuer und vier Millionen als Mehrerlöse für die Biersteuer.

Für die Veranlagung der Reichsanstalten ist ein Mehrbetrag von 3,4 Millionen Reichsmark eingelegt. Für die kurzfristigen Kreditoperationen, die das Reich im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1929 vorgenommen hat, sind 44,9 Millionen Reichsmark an Zinsen gezahlt worden. Für Veranlagung der für das zweite Halbjahr voraussichtlich benötigten Betriebsmittel wird mit einer Ausgabe von rund 39,2 Millionen Reichsmark angelegt werden. Da aber nur rund 55 Millionen angefordert worden sind, bleibt eine Nachforderung von 28,7 Millionen Reichsmark.

Die Kassenlage des Reiches.

Reichsfinanzminister Molkenbaur gibt einen Überblick.

Im Haushaltsausfluß des Reiches begann die Beratung des Zündholzwahlmonopoles. Reichsfinanzminister Dr. Molkenbaur gab einleitend einen Überblick über die Kassenlage des Reiches.

Der Minister stellte fest, daß es mit Hilfe des Ueberbleibens von 350 Millionen Mark gelungen sei, den 1. Dezember ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden.

Inzwischen sei durch die im Januar fälligen Steuereinzahlungen eine Verbesserung der Kassenlage eingetreten, so daß im Augenblick keine Schwierigkeiten bestehen. Der am 31. Januar zur Rückzahlung fällige Kassenkredit von 200 Millionen Mark sei inzwischen auf etwa sechs bis neun Monate verlängert worden.

Für Januar sei mit einem Ueberfluß von 117 Millionen Mark zu rechnen. Für Februar rechnet der Minister mit einem Fehlbetrag in gleicher Höhe, so daß sich diese beiden Monate ausgleichen würden. Für März werde ein weiterer Fehlbetrag von 140 bis 150 Millionen Mark entstehen.

Zur Deckung dieses Ende März bestehenden Fehlbetrages würden rund 55 bis 60 Millionen Mark aus der Abrechnung mit dem Generalagenten bzw. mit der Reichsbahn nach Inkrafttreten des Youngplans verfügbar werden, die jetzt infolge der nachträglichen Zahlung des Reichsbahnteils an der Damesannität mit Generalagenten noch zurückbehalten werden. 20 Millionen würden aus dem Bestand von Einnahmen Hülfe gemacht werden können. Ueber die Deckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrages seien erlösperspektive Verhandlungen eingeleitet worden. Der Minister wies dann auf die Schwierigkeiten der Steuererhebung und des Bedarfs für die Arbeitslosenversicherung hin.

Wenn die Steuerdepression anhalte und die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes sich weiter verschärfe, dann könnten diese beiden Punkte eine Verschlechterung der Kassenlage um 100 bis 120 Millionen herbeiführen.

Vor Mitte Februar werde sich das nicht übersehen lassen. Nach dem für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1930 angefertigten Kassenplan ergibt sich nach den Mittelungen des Ministers für das erste Vierteljahr 1930 ein Fehlbetrag von 273 Millionen und für das zweite Vierteljahr ein Ueberfluß von 96 Millionen. Dieser Ueberfluß werde sich durch die erste Rate der Kreuzer-Anleihe um 195 und durch

die Minderung des Recovery-Mit-Verfahrens um 14 Millionen, also auf insgesamt 305 Millionen erhöhen. Mit diesem Betrag könnte der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres abgedeckt und Kredite in Höhe von rund 40 Millionen zurückgezahlt werden. In den veranschlagten Ausgaben für die Monate April bis September seien monatlich 50 Millionen Mark zur Abdeckung des Ueberbleibensvertrags enthalten.

Der Minister verwies dann darauf, daß diese Rechnungslegung auf der Annahme des Youngplans beruhe. Sie beweis jedoch eindeutig, daß trotz der Annahme des Youngplans die Kassenlage nach wie vor äußerst gespannt bleibe. Zur Ueberwindung des 1. Dezember errechneten Fehlbetrages von 273 Millionen Mark liege er keinen Weg wenn nicht die Kreuzer-Anleihe zustande komme.

Kein Preis für die Saar-Rückgabe!

Regierungserklärung im Preussischen Landtag.

Berlin, 25. Januar.

Im Preussischen Landtag hat die deutsche nationale Fraktion folgende Große Anfrage eingebracht: „Nach den vorliegenden Berichten über die nunmehr abgelaufenen Verhandlungen im Haag ist die sofortige Rückgliederung des Saargebietes zu Deutschland bedauerlicherweise nicht erzielt oder jedenfalls nicht erreicht worden. Es liegen Nachrichten vor, nach denen Frankreich die Internationalisierung und Vivandifizierung der Saargebiete und für längere Zeit die Aufrechterhaltung der französischen Zollhoheit fordert oder sogar die Preisgabe eines Teiles deutschen Bodens (im Rheinland-Gebiet) zur Behebung der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland machen möchte. Diesen Forderungen Frankreichs kann unmöglich zugestimmt werden.“

Ist das Staatsministerium bereit, dafür einzutreten, daß die Wünsche des Saargebietes und seiner Kräfte bedingungslos erfolgt und daß das Deutsche Reich es ablehnt, auf der Grundlage solcher Forderungen überhaupt zu verhandeln?“

Regierungserklärung im Preussischen Landtag.

Im Preussischen Landtag machte der preussische Staatsminister Dr. Seydewitz bei der zweiten Beratung des Haushalts der Bergverwaltung bemerkenswerte Ausführungen zur Saargefrage. Er wies auf die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten hin, nach der Preußen die uneingeschränkte und unbelastete Rückgliederung des Saargebietes in den Staatsbesitz erwarte. Es könne kein Zweifel bestehen, daß sich Preußen bei dieser Forderung in vollkommener Uebereinstimmung mit der Reichsregierung befinde. Da die Bergwerke an der Saar infolge des Friedensvertrages Frankreich als vorübergehender Ausgleich für die Schädigung seiner Gruben übergeben werden mußten, andererseits aber diese Schädigungen jetzt bereits längst ausgeglichen seien, ließe das weitere Verbleiben der Saargebiete in französischer Verwaltung gegenstandslos erscheinen.

Es anzuwenden seien, die das Deutsche Reich durch den im Haag vereinbarten Neuen Plan auf sich nehmen soll, verbietet es ihm, zur Erreichung politischer Ziele, deren baldige Bewirkung ohnehin außer Zweifel steht, noch einen besonderen Preis zu zahlen.

Die Ausführungen des Ministers fanden den lebhaftesten Beifall des Hauses.

Verhandlungen hinter den Kulissen.

Eintigung beim Zündholzwahlmonopol.

Berlin, 28. Januar.

Die Regierungsparteien hielten eine neue interfraktionelle Besprechung ab, bei der man sich auf einen Kompromißantrag zum Zündholzwahlmonopol einigte.

Danach bleibt das monopolistische Kontingent der Groß-einkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgesehenen Höhe von 23 000 Normalstücken für die Hamburger und 3700 Normalstücken für die Kölner Organisation bestehen. Eine Kürzung tritt aber ein bei den Steigerungssätzen, die die Regierungsvorlage allfällig für die Kontingente vorgesehen hat. Der Steigerungssatz vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 345 auf 290 Normalstücken und für die Kölner Organisation von 58 auf 37 Normalstücken.

Die in der Vorlage vorgesehenen Kleinverkaufssätze sind durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufspreisen schließlich, also zu festpreisen gemacht, die nicht überhöht sind, aber auch nicht unterboten werden dürfen.

Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromißantrag befristet werden. Schließlich ändert der Kompromißantrag die Regierungsvorlage in der Beziehung, daß an Stelle der vorgesehenen Ermächtigung zum Erlaß von Ausschlußvorschriften die Maß-Bestimmung aufgenommen wird; Die Reichsregierung erteilt mit Zustimmung des Reichstages Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen zu diesem Geze, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Ausstattung der Zündwaren. Zumberhandlungen können mit Geldstrafen bedroht werden.

Die Koalitionserweiterung.

Um den Regierungseintritt der D. R. P.

Berlin, 26. Januar.

Die augenblicklichen Bemühungen um die Erweiterung der Koalition in Preußen werden zweifellos noch der Wichtigkeit getragen, durch die Hinzulegung der Deutschen Volkspartei in die preussische Mehrheit die Mehrheit im Reich zu besorgen. Die Bemühungen, eine Einigung in Preußen zu erreichen, gingen diesmal nicht offiziell von den Parteien oder vom Ministerpräsidenten Braun aus, wie es früher einmal der Fall war, sondern von interessierten Abgeordneten, die zunächst vertrauliche Unterhandlungen pflegten und nacheinander das Ergebnis ihrer Verhandlungen ihren Fraktionen mitgeteilt haben.

Die Fraktionen in Preußen verhalten sich jetzt offiziell. Soweit sich die Lage überblicken läßt, will man auf die früher beschlossene Verbindung zwischen Reichsregierung und preussische Regierung, also auf den sogenannten Stellenvertrag verzichten, den die Deutsche Volkspartei stellen sollte. Weder Boldenauer noch Curtius haben Zeit dafür übrig, ein derartiges Amt zu übernehmen.

Für die Deutsche Volkspartei soll das Handelsministerium frei gemacht werden, außerdem beantragt sie einen Minister ohne Portefeuille.

Die Sozialdemokraten legten wieder Wert darauf, das Kultusministerium zu erhalten und haben dafür den Abgeordneten König in Vorschlag gebracht. Das Zentrum hat aus der Haltung der Sozialdemokraten zu Konstantin-vorlage angefaßt die Verpflichtung übernommen, deren Wunsch der Sozialdemokraten zu erfüllen. Wenn die Verhandlungen auch noch nicht zum Abschluß gekommen sind, so ist doch anzunehmen, daß diesmal die große Koalitionswirkung auch in Preußen zu Stande kommt und damit eine Rückwirkung auf die Parteigehaltung im Reich und auf den Ausgleich der verschiedenen Interessen erfolgen wird.

Deutschland und die Seeabrüstung.

Ausführungen des Reichsseeaministers Groener.

Berlin, 26. Januar.

Reichsseeminister Groener hatte eine Unterredung über die Stellung Deutschlands zur Seeabrüstung, wobei er u. a. folgendes ausführte: Deutschland habe in logischer Erfüllung des Verfalltes Vertrages abgerüstet. Es habe daher ein juristisches und moralisches Recht darauf, daß auch die anderen Mitglieder des Völkerbundes die allgemeine Abrüstung durchführen. Deutschland habe jetzt Kriegsschiffe nur deshalb neu, um die alten Schiffe zu ersetzen, die schon aus Gründen der Sicherheit nicht mehr für längere Zeit verwendet werden könnten.

Bei einem Vergleich mit den Schiffsklassen anderer Mächte ergebe sich, daß die deutsche Flotte die Abrüstungsbedingungen der Londoner Konferenz in keiner Weise verletzen könnte, da sie den Flotten der dort verhandelnden Seemächte weit unterlegen sei.

Was nun die Stellung Deutschlands zur Frage der Freiheit der Meere angeht, so halte Deutschland an der Zeit mehr als einem Jahrhundert von den Vereinigten Staaten vertretenen Auffassung fest, daß die Sicherheit der neutralen Handelsfahrts im Kriege gewährleistet werden müsse.

Immunitätsaufhebungen im Reichstag.

Beisitzungen des Geschäftsausschusses.

Berlin, 25. Januar.

Der Geschäftsausschuss des Reichstages nahm nach mehrstündigen Beratungen die Abkimmungen über eine Reihe von Anträgen des Oberreichsanwalts vor, in denen die Genehmigung zur Strafverfolgung und erforderlichenfalls Vorführung einiger Abgeordneter wegen Vorbereitung zum Hochverrat nachgesucht wird.

Der Ausschuss beschloß, die Immunität des kommunizierten Abgeordneten Scheller, dem insbesondere Zeugnisaufgabe in Reichswehr und Schutzpolizei vorgeordnet wird, sofort aufzuheben. Die Immunität der kommunizierten Abgeordneten Kemme, Waddelena und Ullrich sowie des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels wurde mit der Maßgabe aufgehoben, daß die Hauptverhandlung nicht vor der Sommerpause des Reichstages stattfinden dürfe.

Des Freundes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Berger.

In ihre Nege wollte sie ihn laden, das wurde ihm sonnenklar. Er erfüllte ihn. Doch er durfte sich nicht vergewissen, denn Normanns würden es entgegen müssen. — Und wieder wurde schließlich der Pächter Gabelier sein rettender Engel. Der Mann würde es natürlich sofort ausplaudern, daß er ihm hier getroffen habe. Zu unangenehm! — Wie könnte er Antje Agnes u. Gretchen seinen Besuch auf dem Tannenhof nur begründen? — Mühten sie nicht irrt werden an ihm? — Die Hypothekangelegenheit sollte ihnen doch verborgen bleiben. — Mit recht gemischten Empfindungen verabschiedete er sich dann von Frau Hofheld und deren Besucher und Berater Gabelier. Jetzt noch nach der Stadt zu gehen, verlohnte sich nicht, es da bereits zu dämmern begann.

Gretchen kam ihm auf bestem Wege entgegen und schaute ihm mit ihren unruhigen Blicken verständnislos an, als er ihr erzählte, er habe sich von der Tannenhoferin überreden lassen, sich deren Besichtigung einmal anzusehen. Es sei nur gelassen, um das offenbar etwas gespannte Verhältnis, das zwischen seiner und Normanns bestehe, ein wenig zu lockern. — Ein Schatten fiel auf das blühende Mädchen und tief brannen in dem unruhigen Gesicht seine rechte Hand sein Gesicht am Grobgerand zu rücken. Etwas flüchtiges sah die Wahrheit lagte, wenn der Mutter und Karls Vermutung doch begründet wären! — Nachdem er sich lo abfällig über diese Frau geäußert hatte, gewann er es über sich, sie zu belügen? — Nein, das hätte Gretche nicht für möglich gehalten. — Sie tat einen tiefen Seufzer, wandte sich unwillkürlich ab und blickte sich, um ein paar Schritte weiter zu Grobgerand zu rücken. Gerne hätte er an das durch Karls Dämmerung kommen am Tag vorher so tief abgedrückte Gesicht wieder angeknüpft und das große Wort jetzt ausgesprochen. Allein das veränderte Wesen des geliebten Mädchens raubte ihm allen Mut dazu.

Die Aufhebung der Immunität des kommunizierten Abgeordneten Kollwitz wurde abgelehnt. Der Ausschuss beschloß weiter die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunizierten Abgeordneten Kippberger mit der Maßgabe zu erlassen, daß die Hauptverhandlung erst in der Sommerpause stattfinden darf.

Die Roggenausfuhr-Frage.

Vorläufige deutsch-polnische Vereinbarung.

W. Warschau, 26. Januar.

Der Wirtschaftsausschuß des Ministerrates soll in seiner letzten Sitzung die Bedingungen für eine Verständigung mit Deutschland in der Roggenausfuhrfrage angenommen haben. Der Direktor des Handelsdepartements, Sotolowski, sei nach Berlin abgereist, um dort das Abkommen zu unterzeichnen.

Es handle sich dabei um eine vorläufige Vereinbarung, die sich auf die Roggenausfuhr nach den nordischen Märkten beziehe und bis zum 10. Februar d. J. gelten solle. Der Departementsdirektor Sotolowski werde in Berlin wegen des Abschlusses eines Danerabkommens verhandeln. Der vorläufige Vertrag solle auch bereits in Berlin grundsätzlich vom Reichsminister Dietrich geschloffen worden sein. Die Getreideerträge seien an, und weiteres Steigen des Roggens sei zu erwarten.

Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Regelung der Roggenausfuhr handelt es sich im jetzigen Stadium zunächst um ein Privatabkommen der Getreide-Industrie und Kommissions-A.G. und der Bank Kali in Warschau. Die Einzelheiten dieses Abkommens können, wie von unternichteter, der Reichsregierung nachstehender Seite mitgeteilt wird, mit Rücksicht auf den beschleunigten Jang der Marktöffnung nicht veröffentlicht werden. In der Roggenausfuhrfrage hätten die tatsächlichen Verhältnisse bislang folgendermaßen gelegen: Deutschland und Polen hätten sich in den nordischen Staaten, die in der Praxis allein als Abnehmer für deutschen Roggen in Frage kämen, in einer Weise unterboten, wie es volkswirtschaftlich nicht länger verantwortet werden konnte. Die deutsche und polnische Konkurrenz um die auf dem deutschen Markt ohne Rücksicht auf die Dauer weder erträglich noch zu verantworten. Wenn nun auf deutscher und polnischer Seite Einigkeit darüber bestehe, daß ein solches Verfahren in steigendem Maße un-erträglich werde und daß ein weiteres Weitretzen zu einem völligen Zusammenbruch des Roggenpreises führen müßte, so sollte man diese Einigkeit begründen. Das sei auch das Wesen der Abmachung. Selbstverständlich sollte die Getreidekommissions-A.G. nicht polnischen Roggen, um ihn in Deutschland abzuheben, sondern sie sichere sich für eine gewisse Zeit die ausschließliche Verfügung über die polnische Ausfuhr, um so dem deutschen Roggen durch Ausschaltung der unermühten Konkurrenz höhere Preise zu ermöglichen. Selbstverständlich werde die Ausfuhr deutschen Roggens, die übrigens nie unterbrochen war, damit fortgesetzt.

London noch im Vorstadium.

Sicherheit und Abrüstung.

London, 26. Januar.

Die erste Woche der Londoner Militärentzerrung hat deutlich gemacht, wie wichtig es sein wird, die eigentlichen Programmpunkte dieser Verhandlungen überhaupt in Angriff zu nehmen. Diese Tage waren von früh bis spät ausgefüllt mit unverbildlichen Vorberedungen zwischen den einzelnen Delegationen, die dazu dienen sollten, überhaupt erst einmal Klarheit zu erlangen über die Forderungen der einzelnen Länder und die Möglichkeiten eines Ausgleichs dieser Forderungen.

Dabei haben sich zu weitgehende grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten herausgestellt.

Doch man noch gar nicht gemagt hat, an das eigentliche Thema zu rühren; insbesondere hat man sich ängstlich gehütet, den ganz allgemein ausgesprochenen Gedanken der Rüstungsminderung irgendwie mit Zahlen zu verbinden, die sofort die Schwereigenschaften in gefährlichem Maße gelagert hätten. Schon

die grundsätzliche Bestimmung der Ziele,

die die einzelnen Delegationen in London verfolgen, droht das Programm zu gefährden. Die russische Armee, mit der der italienische Delegierte die Forderungen seiner Regierung vertrat, war zwar theoretisch wirksam, erkrankte aber den

übrigen Delegationen unbedenklich. Die zweite Schwereigkeits ergibt sich aus dem Nachdruck, mit dem Erdie die französische Forderung, daß nur unter der Voraussetzung einer internationalen Einigung eine Vermeidung der französischen Seestreitkräfte in Frage kommen könnte.

Die von vornherein erwartete Begründung der Sicherheitsfrage mit dem Gedanken der Flottenverbindung durch Frankreich ist damit bereits in dem Vorstadium der Londoner Konferenz Taktische geworden, und auf diese Weise ist ein Problem von größter politischer Tragweite in die Londoner Diskussion hineingetragen, das aufs ernste droht, ihren Namen zu sprengen.

Französische Angriffe gegen Macdonald.

Paris, 26. Januar.

Die französische Presse äußert sich wenig optimistisch über die Fortschritte in London. Man sei dazu übergegangen, sich mit der am meisten Schwereigenschaften bietenden Frage zu beschäftigen, nämlich der Verteilung der Tonnage auf die einzelnen Schiffsklassen. Vertinaz verlangt im

„Echo de Paris“,

das die französische Abordnung nicht einen Schritt von ihrem in dieser Frage vertretenen Standpunkt abweiche, bis sie nicht in der Verteilungsfrage vollkommen Genugtuung erhalten habe. Man habe außerdem den Eindruck, als ob Macdonald nicht die geeignete Persönlichkeit zur Führung einer derartigen Konferenz sei. Seine wenig vollkommene Kenntnis in Flottenfragen trete immer mehr zutage. Auch sei die Art der Verhandlungsführung sehr mangelhaft.

Berlin nimmt es dem englischen Ministerpräsidenten sehr übel, daß er Grandi davon in Kenntnis setzte, daß Erdie eine Hinzuziehung des italienischen Außenministers zu den französisch-englischen Verhandlungen ablehnend gegenüber-

stand. Diese Stellung habe die Italiener noch härter gemacht und sie erst recht veranlaßt, ihre Forderung auf Flottengleichheit mit Frankreich energig zu vertreten. Macdonald geheine sich überhaupt sehr unwohl in seiner Präsidentenrolle zu fühlen.

Das „Journal“

hebt die Meinungsverschiedenheiten der englisch-amerikanischen Abordnung gegenüber dem Standpunkt der französisch-englischen in der Verteilung der Tonnage hervor und erklärt, daß das Ergebnis der diesbezüglichen Verhandlungen für sämtliche Beteiligten gerade enttäuschend gewesen sei. Die Methode der Verteilung sei noch radikaler als immergebräuchter, als es die Genfer Konferenz vom Jahre 1927 in der Kreuzerfrage gemessen sei. Auf alle Fälle handle es sich im Augenblick nur um die Vorbereitung des Rahmens für die kommenden Verhandlungen. Um sich ein einigermaßen klares Bild machen zu können, müßte man bis mindestens Mitte nächster Woche warten.

Aus dem In- und Auslande.

Die Hindenburg-Spende im Jahre 1922.

Berlin, 26. Januar. Die Stiftung Hindenburg-Spende ist bereits von den Reichspräsidenten aus den ihm zu seinem 60. Geburtstag bereitgestellten freiwilligen Beiträgen errichtet. Dem Bericht des ehrenamtlichen Geschäftsführers der Stiftung, Ministerialrat Dr. Karstedt, ist zu entnehmen, daß bis zum 31. Dezember 1922 insgesamt über 17 Millionen Reichsmark an Kriegsgeldern, Kriegesinteressen, Beteranen u. m. ausgezahlt wurden.

Wägen und der Poupjann.

München, 26. Januar. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat sich in Begleitung des Landesoberpräsidenten der Bayerischen Volkspartei, Abgeordnetensrat Schäffer, für mehrere Tage nach Berlin begeben, um an einer wichtigen Sitzung der Reichsagitation der Bayerischen Volkspartei über den Poupjann und die Jaager Abkommen teilzunehmen. Dr. Held wird ferner die Gelegenheit wahrnehmen, Bapern im Reichstag bei den Verhandlungen über den Poupjann und die Jaager Abkommen persönlich zu vertreten.

Auch die Tischschloßwerke will abräumen.

Breg, 26. Januar. Im Wehrsausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der deutsche Regierungsabgeordnete Hadenberg, die Bevölkerung rede mit der Herabsetzung der strikten Militärausgaben in absehbarer Zeit. Dies sei der erste Schritt zur Abrüstung, die auch in der Tischschloßwerke erfolgen müßte. Trotz der Herabsetzung werde aber der Beersaufwand gleich hoch sein und man müsse daher im Interesse der Bevölkerung verlangen, daß mit der Verkürzung der Dienstzeit auch eine Herabsetzung des Militäraufwandes vorgenommen werde, um den Abbau der Militäralien einzuleiten.

hinaus. — Immer noch war Otto nicht zu sehen. — Wilhelm hatte sich erboten, ihm entgegen zu gehen. — Ob er es wohl getan hätte? — Ach, je war dessen durchaus nicht gewiß, glaubte vielmehr bestreiten zu müssen, daß er vom Wege abgelenkt sei, um der Tannenhoferin abends einen Besuch zu machen. Wie sie dieses Weib hätte, wie sie es vermisste! — Nie zuvor hatte sie solchen Gefühlen Raum in ihrer Seele gewährt, denn alles derart Sinnhaftes, Ausdrückliche lag ihm Wesen fern. Aber jetzt sollte das auf einmal anders werden. Seit die Falsche im Begriffe stand, ihr das Viechte zu rauben, lobten der Nachse Feuerlungen in ihr auf, verzehrten, unüberwindlich. — Nein, leben konnte Wilhelm diese Frau nicht, das glaubte die Gräfinde Har zu erkennen. Aber ihr Reichtum hätte es ihm angetan in seiner Notlage. Wie manchen braven Mann blendete das Goldes elter Glanz! — Ein tiefer Seufzer hob ihre Brust bei diesen Betrachtungen, und an ihrem Wimpern blinnten ein paar verfluchte Tränen. — Wenn er doch wenigstens ganz ehrlich gegen sie wäre! — Gerade die Bedingung, die sie selbst nicht zu machen vermochte, würde werden an ihm. — Aber dort erziehen sie eine gesunde, tierische Mannergestalt hinter den Erbsenbüschen. Eligen Schritte marschierte sie querfeldein, gerade auf den Moorshof zu. — Das konnte nur Otto sein. — Ein leichtes Koffertchen trug er in der Hand. — Die Mutter schaute ihm vom Fenster ebenfalls gelassen zu haben, denn mit einem Winkeln hatte sie nun heraus und rief triumphierend: — Der Junge der Junge! — Gedächtnis ist er da! — Beide eilten dem Aufkommenden entgegen. — Im Augenblick verlag Gretchen in ihrer Wiedersehensfreude alles, was ihr Herz bedrückte, schloß den Bruder mit Armgewinn in ihre Arme und küßte sich glücklich. — Mein armer Junge, wie bist du blaß und schmal geworden! — kam es nach Sekunden in Begründung über der Mutter schmerzliche Andeutungen. — Der Junge ist eben nicht zu tun, wie er da! — Berlin genügt hungern müssen. — Aber nun sollst du dich gründlich pflegen, sollst mit Wilhelm alle Tage durch die Wälder streifen und auf die Jagd gehen. — Er ist nämlich auch bei uns. — Von der Station wollte er dich doch abholen. — (Fortf. folgt.)

Man kauft ...

Jüngst ging ich an einem kleinen Papiergeschäft vorüber, vor dem reges Leben herrschte und an dem ein Plakat baumelte: Zwangsversteigerung! Immer führte mich mein Weg an diesem Geschäft vorbei. Es lag mir und verzeihen. Man beachtete es nicht. Es fiel nicht weiter auf. Es gibt ja genug Geschäfte dieser Art. Heute war es plötzlich Mittelpunkt. Im Laden thronte der Gerichtsvollzieher und schwang den Hammer. Wesen Weg hier vorüberführte, sah sich an. Er mußte mindestens zusehen, wie sich eine solche Versteigerung entwickelte. Und es ist wunderbar: leßt kaufte jeder, jeder bot und erhandelte etwas. Köstlich waren Käufer da, und wie man feststellen konnte, wurden Dinge erfeigert, die wirklich von den neuen Besitzern nicht gerade dringend gebraucht wurden. Man mußte, wie es schien, die Gelegenheit, einmal etwas billig zu erziehen. Gewiß konnte man billig Papiere, Briefstücken, Alben erwerben. An diesen: man hätte den Gegenstand sonst auch nicht vernichtet. Hier gab man Geld aus, weil der große Kreis der Interessenten anzog und weil man glaubte, etwas geschenkt zu erhalten. Es dauerte nicht lange, dann war der Laden leer. Nur wenige Käufer lagen noch da, für dreißig Pfennig das Stück zu haben. Das Geschäft, das Jahre hindurch Laberhühner hatte, war plötzlich geräumt. Die Verkäuferin legte mir: "Jetzt verurde ich seit Monaten zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Denken Sie, jemand kaufte?" Wer kann hier eine Erklärung geben? Ja, weshalb blüht die Sucht, durchaus aus den Händen des Gerichtsvollziehers etwas zu nehmen, was man früher ebenso billig erhalten hätte? Weshalb der Verkauf von Dingen, die man diesem dastore beiseite legt und gerade eine Stunde lang mit dem Gefühl in der Tasche trug: Jetzt halt du aber wirklich etwas billig erhalten? Die Menschen sind londerbar. Sie können nach Gelegenheiten und besonnen Gelegenheiten, leßt wenn kein Grund vorliegt. Ein Bruchteil der Mitbringer hätte genügt, die Geschäftsinhaberinnen aus allen Sperrigkeiten zu befreien.

Eine alltägliche Geschichte ist's die ich hier erzähle, eine

Geschichte, die wir jeden Tag und leider allzu oft erleben können. Aber dennoch gibt sie Rätsel auf. Erträßt sie nicht, wie seltsam manchmal die Menschen sind, und daß es oft nur eines kleinen Anreizes bedarf, um sie aus dem gewohnten Trost und der angeblühnten Anstimmung zu bringen? Sie beladen sich mit Dingen, weil andere es auch tun, obwohl sie mit ihnen nichts anzufangen wissen; glauben eine günstige Gelegenheit erwirkt zu haben. Dabei beweisen in jedes Menschen Leben so viele verpakte Gelegenheiten, daß nicht die Nachsicht allein immer mitbringt, sondern wie hier das Milieu, der Anreiz, die Beeinflussung.

Die Stadtkasse der Provinz Sachsen befindet am 29. Januar von Merseburg nach Halle in das neue städtische Verwaltungsgebäude über. Die Ueberführung geschieht mit Rücksicht auf die nahen Beziehungen zur Mitteldeutschen Landesbank A.-G., deren Filiale in dem gleichen Gebäude Untertanft gefunden hat.

Um die Wohnungsnot zu steuern, beauftragt der Magistrat von G ü l t e n in der Nähe des Stichtaltes vier Holzwohnbaracken zu errichten. Die Baukosten belaufen sich auf ungefähr 16 000 RM.

Schwere Ausschreitungen in Hamburg.
Feuertämpfe im Gängeviertel.

— Hamburg, 25. Januar.
Zwischen Kommunisten und Polizeibeamten kam es zu heftigen Zusammenstößen, wobei auf beiden Seiten von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde.

In den nächsten Einzelheiten teilt ein Polizeibericht folgendes mit: Ordnungspolizisten wurden von einigen hundert Kommunisten angegriffen, zu Boden geworfen und mißhandelt. Aus der Menge heraus wurde auch auf die Beamten geschossen, so daß mehrere in höchster Not schreiend nach Herberlein feuern mußten. Die Angreifer flüchteten, als mehrere Polizeibeamte herbeieilten. Einwirkende Polizeibeamte wurden angegriffen und mit Kläusen und anderen Gegenständen gemorren.

Auch wurden wiederholt, insbesondere aus dem Gängeviertel, Schüsse auf die Beamten abgegeben. Die Polizeibeamten mußten sowohl von ihren Gummiknüppeln als auch von der Schusswaffe Gebrauch machen.

Im Rahmenabgang, aus dem besonders auf die Polizeibeamten geschossen wurde, ist ein 18-jähriger Bursche durch einen Wundschuß verletzt worden. Die Kundendribbelschreiber dröhen in mehreren Straßen die Laternen aus. Die Angriffe auf die Polizeibeamten dauerten bis in die Morgenstunden. Die Polizei nahm verschiedene Befehle vor und schandte nach weiteren Teilnehmern an den Straßentämpfen.

Büchermarkt.

Lachen ist gesund. In unserer Jo ernten Zeit sollte von diesem Heilmittel viel mehr Gebrauch gemacht werden als früher. Nichts macht den Menschen innerlich so frei, wie ein herzerfrischendes gelachtes Lachen.

Die gern würden viele Menschen sich freilachen, wenn ihnen mehr Gelegenheit dazu geboten wäre. Wer möchte deshalb nicht gern die Möglichkeit, einige schöne Stunden zu genießen, ausnützen, wenn er erfährt, daß das Februarfest von Westermanns Monatsheften mit seinem bunten Inhalt ihn von den täglichen Sorgen und Mühen ablenkt.

15 der bekanntesten Autoren und Künstler aus allen deutschen Stämmen geben ihr Bestes an Bildern, Novellen, festlichen Verhandlungen, so daß es schwer sein wird, von dem ungemein reichhaltigen Inhalt des Festes loszukommen.

Diese großen Reichhaltigkeit wegen legen wir auch davon ab, einige Künstler und Dichter zu nennen.

Ermöglicht sei noch, daß dem Fest Karte Nr. 8 des beliebten Westermanns Monatsheften-Atlas beiliegt, dessen bisher erschienenen Karten schon einen schönen Grundriß eines Weltatlases bilden.

Andere Leser haben auf Grund einer Vereinbarung mit dem Verlag Georg Westermann in Braunshweig den Vorzug, ein Probeheft, mit 6 Kunstbeilagen und mindestens 60 kunstvollen Bildern, gegen Einzahlung von 30 Pf. Porto an den Verlag überreicht zu erhalten; es wäre zu wünschen, daß recht viele unserer Leser von dieser Veranftaltung Gebrauch machen, damit sie einen Einblick in diese einzigartig schöne und füllende Monatszeitschrift gewinnen.

Nutzholz-Versteigerung

Sonnabend, den 22. Februar 1930, 11 Uhr, im Auktionslokal zu Bad Schmiedeberg (Bez. Halle a. S.) aus der hiesigen Stadtforst, Schlag 14b (Zornauerstraße) und Durchforstung Distrikt 1-3, 5, 6, 9 und 15 etwa

1000 Kiefern-Nutzstämme

Nr. 1a-4a mit 500 fm und 100 Rüstfängen Bedingungen im Termin. Aufmaßlisten sind bis 8. Februar d. J. beim Gemeindeforster Dops hier zu bestellen.
Bad Schmiedeberg, den 23. Januar 1930

Der Magistrat

Kiefern - Nutzholzverkauf

der Oberförsterei Zornau bei Döben am 20. Februar 1930 ab 10 Uhr im „Seidetrug“ in Zornau
Tornau-Süd, Jag. 4Ba, 660 675 St. Langh. u. Abfchn. 2a-4b = 522 fm; Erubenlangh. 213 St. = 73 fm
Ramelshaus, Jag. 30a 21b, 31a 341 St. Langh. u. Abfchn. 2a-4a = 278 fm; Erubenlangh. 337 St. = 127 fm
Lutherstein, Jag. 98a, 118a 130e 130 St. Langh. u. Abfchn. 1b-4c = 144 fm
Tornau-Nord, Jag. 104a u. Sammelh. Hauptn. 979 St. 2a-5 = 990 fm; Erubenlangh. 138 St. = 52 fm. Birke: 1 St. Nr. 3 = 0,72 fm
Versteigerung vorbehalten. Aufmaßlisten bei Bestellung bis zum 5. Febr. Versand dieser am 11. Febr.

Fahrschulausbildung.

Nur noch kurze Zeit
Nr. 1b (Perk. u. Laftm.) RM. 75.—
Nr. 1 (Motorrad) RM. 15.—
Vollausbildung
Bei größ. Beteiligung Vergrößerung
Auto-Heinze, Wittenberg

Abreibkalender

solwie
Abreibblocks
sind noch zu haben bei
Richard Arnold

Jeder **Gewerbtreibende u. Handwerker** benutzt mit Vorliebe die überall bekannte **Gewerbliche Umlaß- u. Eintommenssteuer-Einbuch-Buchführung** mit genauen Ueberichts- und Bilanztabellen
Preis je nach Stärke von 4.85 RM. ab
Richard Arnold, Buchdruckerei

Radio-Anoden
(mit auswechselbaren Elementen DRGM u. DRP a) fabriziert und gibt frisch ab.
Eintühnungspreis
60 Volt 8.—, 90 Volt 11.50, 100 Volt 12.50 RM
Ersatzelemente Stück 12 Pf.
Radio-Apparate
werden sachgemäß und billig repariert
Folgnor, Anhalter Straße 7b, Tel. 279

Prima Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch

frische Flecke empfiehlt
Rich. Krausemann Nachf.
Jah. Heinrich Schneider
Junges fettes

Hammelfleisch

empfeht Louis Richter

Frische Leber

frische Flecke empfiehlt Ewald Ballmann

Frühes junges Rindfleisch

frische Flecke empfiehlt Willy Näß

fr. grüne Heringe

4-5 Stück per Pfund und frischen Schellfisch empfiehlt Paul Mierzhöfche

frische grüne Heringe

frischen Schellfisch empfiehlt Reinhold Hartmann, Delikatengeschäft.

frischer Schellfisch

grüne Heringe Emma Reinecke, Anhalterstr.

Schaum- und Fastenbrezeln

Im Mittwoch
H. Pfann- u. Spritztuchen Hermann Busch

Schaum- und Fasten-Mohn- und Kimmelpfeffeln

Morgen Dienstag, von 2 Uhr frische
D. Herrmann, Bäcker

Die Interessenten d. Niemiker Hüfnerschaft

werden zu der am 29. d. Mts., abends 7 Uhr, im Bachmannschen Lokal stattfindenden Hauptversammlung hiermit eingeladen
R. Söhne, Maschinenrichter

Bellfedern

füllkräftig und füllfertig, doppelt gereinigt u. gewaschen, geruchlos.

Inlette

garantiert federicht u. echt türkschrot
kauft man preiswert bei

Wilh. Weydanz

Kochofen

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Reitport - Verein

ladet seine Mitglieder nebst Angehörigen zu dem am Donnerstag, den 30. d. Mts. im Schützenhause stattfindenden

Ball

ergebenst ein Der Vorstand
Krieger - Verein
im Schützenhause Vereins-Vergnügen. Alle Mitglieder werden gebeten zu erscheinen.
Der Vorstand.

Voranzeige

Um den falschen Gerüchten entgegenzutreten, gibt der Gemeinderat von Sperlingslust bekannt, daß sein diesjähriger

Bauern-Abend

in der üblichen Form auf
Sonnabend, den 1. Februar festgelegt ist.

Einen Lehrling

stellt Offern ein
Otto Müller, Tischlereimeister
Leipziger Straße 10

M.-T.-V.

Mittwoch abends 1/9 Uhr in der Turnhalle

Turnen d. Altersriege

Mitglieder, die sich an diesem Turnen der Älteren noch beteiligen wollen, werden hierdurch eingeladen
Der Turnrat.

Café Irmer

Sonntag, den 2. Februar

Fastnachten

„Zum Weinberg“
Sonntag, den 2. Februar

Lichtmexfeier und Tanz

mozu freundlichst einladet
E. Fechner

Rotta

Sonntag, den 2. Februar, von abends 7 Uhr an

Tanz

mozu freundlichst einladet
Fritz Jahn



Um den falschen Gerüchten entgegenzutreten, gibt der Gemeinderat von Sperlingslust bekannt, daß sein diesjähriger Bauern-Abend in der üblichen Form auf Sonntag, den 1. Februar festgelegt ist.

Radfahr.-Verein Renden

Sonntag, den 2. Februar, von abends 7 Uhr an im Krausenmannschen Lokale

großer Bauernball

wozu wir alle herzlich einladen.
Der Vorstand



Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung nach Rücksichtnahme des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise, Reklameseite 40 Pfg., Anzeigengebühren 30 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung und für die Besondere oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mtl. das Lesen, zusätzl. Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 11

Dienstag, den 28. Januar 1930

32. Jahrg.

Nutzholzversteigerung.

Donnerstag, den 30. Januar, 9 1/2 Uhr, fallen im Stadtwald Oppin

430 tieferne Brett- und Baustämme (Rahthieb)

versteigert werden.

Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin. Kemberg, den 22. Januar 1930.

14) Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Reichensminister Groener hat sich in einer Unterredung zu dem Problem der Währungs- und Deutschlands Stellung zur Londoner Konferenz geäußert.

* Durch Frankreichs Vorstoß in der Sicherheitsfrage sind die Verhandlungen der Seconferenz in ein kritisches Stadium getreten.

* Die Verhandlungen mit der Deutschen Kolonialpartei wegen einer Koalitionserweiterung in Preußen scheinen diesmal zu einem positiven Ergebnis zu führen.

* Interfessionelle Besprechungen der Regierungsparteien im Reich haben zu einer Verständigung beim Jünderholzwaldmonopol geführt, die vielerorts mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen wird.

Nachtragshaushalt 1929.

Nachdem das Reichsamt den Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 verabschiedet hat, ist dieser Gesetzentwurf nunmehr dem Reichstag zur weiteren Beratung zugeteilt worden. Aus der Annahme des Youngplans ergibt sich eine Erleichterung des Reichshaushalts, die im laufenden Rechnungsjahr rund 614 Millionen Reichsmark beträgt. Der Nachtragshaushalt beschränkt sich darauf, diejenigen Ausgaben zu etablieren, die zwangsläufig oder unabweisbar sind und daher ohne diese Etatifizierung überplanmäßig oder außerplanmäßig verbucht werden müßten. Daneben stellt der Nachtragset auf Grund der bisherigen Steuereinnahmen die Steuerermäßigung richtig. Auf eine kurze Formel gebracht, steht der im laufenden Rechnungsjahr vorhandene Fehlbetrag die Erleichterungen des Youngplans auf. Es ist dem Reichsfinanzminister bei dieser Sachlage nicht möglich, einen Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwelenden Schuld nach dem Gesetz vom 24. Dezember 1929 einzustellen. Die Anleihe-Ermächtigung und bei der gegenwärtigen Kapitalmarktlage auch der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts müssen sogar um 278 Millionen Reichsmark erhöht werden. Der gesetzlich vorgeschriebene Tilgungsfonds wird in den Haushalt für 1930 eingestellt werden.

Die Erhöhung der Anleihe-Ermächtigung um 278 Millionen Reichsmark setzt sich zusammen aus 222,5 Millionen Reichsmark, um die der in Höhe von 150 Millionen Reichsmark eingetragene Betrag für Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Rücksicht auf die Entwicklung der Finanzlage der Reichsanstalt erhöht werden muß. Er legt sich weiter zusammen aus 150 Millionen Reichsmark aus Anlaß der Beteiligung des Reiches bei der Preußenanleihe.

Am Haushalt für 1929 war vorgezogen, daß für die Luftfahrt Anleihen unter Reichsgarantie aufgenommen werden konnten und zwar für den Betrieb von außer-europäischen Luftfahrtslinien sechs Millionen Reichsmark und zur Umstellung der Luftfahrtindustrie neun Millionen Reichsmark. Diese Anleihen konnten zu erträglichen Bedingungen bisher nicht aufgenommen werden. Da ein großer Teil der durch sie zu deckenden Ausgaben nicht mehr hinausgeschoben werden kann, sind durch den Nachtrag in den Haushaltsplan Mittel in Höhe von rund 15 Millionen Reichsmark eingestellt worden.

Auf Grund des Steuereinnahmens in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres 1929 sind die Schätzungen für 1929 nachgeprüft worden. Danach ergibt sich bei den Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt eine Verschlechterung um 229 Millionen Reichsmark. Da nunmehr die Industriebelastung als Sonderquelle für Reparationsleistungen entbehrlich ist, hat die Reichsregierung in Aussicht genommen, die im Februar 1930 fällige Rate noch einmal in Höhe von 150 Millionen zu erheben und für Zwecke des Reichshaushalts zu verwenden. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung. Auf Grund dieser Berechnung begreifen sich auch die Erleichterungen des Youngplans auf rund 614 Millionen Reichsmark, während die Annuitäten-Erleichterungen nur 464 Millionen Reichsmark betragen hätten. Wenn die 150 Millionen Reichsmark der Industriebelastung zum Ausgleich herangezogen werden, ergibt sich noch eine Verschlechterung um 79 Millionen Reichsmark. Von dem Einkommen aus der Einkommensteuer enthalten 1425 Millionen Reichsmark auf die Einkommensteuer, das sind gegenüber dem bisherigen Anlaß von 1300 Millionen Reichsmark 125 Millionen Reichsmark mehr. Diese 125 Millionen aber werden gemäß der Ver. Brünning für die Zwecke der staatspolitischen Rentenversicherung und Invalidenversicherung angelegt. Die übrige Einkommensteuer bringt 10 Millionen Reichsmark weniger. Der Mehrbetrag der Ueberweisungen an die Länder befreit sich auf rund 15 Millionen Reichsmark. Unter Sinecure der Mindereinnahme von 79 Millionen Reichsmark ergibt sich für das Reich eine Verschlechterung von rund 219 Millionen Reichsmark.

Im einzelnen sind für das Rechnungsjahr 1929 an Steuereinnahmen weniger angelegt 40 Millionen Reichsmark für die Körperschaftsteuer, 33 Millionen Reichsmark für die Vermögenssteuer, 15 Millionen Reichsmark für Erbschaftsteuer, 90 Millionen Reichsmark für Umsatzsteuer, fünf Millionen Reichsmark für die Grundbesitzsteuer, 64 Millionen Reichsmark für die Einkommensteuer.

Im einzelnen sind für das Rechnungsjahr 1929 an Steuereinnahmen weniger angelegt 40 Millionen Reichsmark für die Körperschaftsteuer, 33 Millionen Reichsmark für die Vermögenssteuer, 15 Millionen Reichsmark für Erbschaftsteuer, 90 Millionen Reichsmark für Umsatzsteuer, fünf Millionen Reichsmark für die Grundbesitzsteuer, 64 Millionen Reichsmark für die Einkommensteuer.



Der Minister hat sich am 27. Januar 1930 mit dem Reichsamt über die Bedingungen des 350 Millionen Reichsmark Kredits, den das Reich am 24. Dezember 1929 ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden.

Inzwischen ist durch die im Januar fälligen Steuereinnahmen eine Verbesserung der Kassenlage eingetreten, so daß im Augenblick keine Schwierigkeiten bestehen. Der am 31. Januar zur Rückzahlung fällige Kassenkredit von 200 Millionen Reichsmark sei inzwischen auf etwa sechs bis neun Monate verlängert worden.

Für Januar sei mit einem Ueberschuß von 117 Millionen Reichsmark zu rechnen. Für Februar rechnet der Minister mit einem Fehlbetrag in gleicher Höhe, so daß sich diese beiden Monate ausgleichen müßten. Für März werde ein weiterer Fehlbetrag von 140 bis 150 Millionen Reichsmark entstehen.

Zur Deckung dieses Ende März bestehenden Fehlbetrages würden rund 55 bis 60 Millionen Reichsmark aus der Abrechnung mit dem Generalagenten bzw. mit der Reichsbahn nach Inkrafttreten des Youngplans verfügbar werden, die jetzt infolge der nachträglichen Zahlung des Reichsbankanteils an der Damesannuität vom Generalagenten noch zurückgehalten werden. 20 Millionen Reichsmark aus dem Verkauf von Eisenhilfen gemacht werden können. Ueber die Deckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrages seien ergebnisprechende Verhandlungen eingeleitet worden. Der Minister wies dann auf die Schwierigkeiten der Steuererhöhung und des Bedarfs für die Arbeitslosenversicherung hin.

Wenn die Steuerdepression anhalte und die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes sich weiter verschärfe, dann könnten diese beiden Punkte eine Verschlechterung der Kassenlage um 100 bis 120 Millionen herbeiführen.

Der dritte Februar werde sich das nicht überleben lassen. Nach dem für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1930 angefertigten Kassenplan ergibt sich nach den Mitteilungen des Ministers für das erste Vierteljahr 1930 ein Fehlbetrag von 273 Millionen Reichsmark und für das zweite Vierteljahr ein Ueberschuß von 96 Millionen. Dieser Ueberschuß werde sich durch die erste Rate der Kreuzer-Anleihe um 195 und durch

die Minderung des Recovery-Mit-Vorfahren um 14 Millionen, also auf insgesamt 305 Millionen erhöhen. Mit diesem Betrag könnte der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres abgedeckt und Kredite in Höhe von rund 40 Millionen zurückgezahlt werden. In den veranschlagten Ausgaben für die Monate April bis September seien monatlich 50 Millionen Reichsmark zur Abdeckung des Uebertritts-Kredits enthalten.

Der Minister verweist dann darauf, daß die Reichsregierung auf den Wunsch des Youngplans beruhe. Sie bewerte jedoch eindeutig, daß trotz der Annahme des Youngplans die Kassenlage nach wie vor äußerst gespannt bleibe. Zur Ueberwindung des Ultimo Juni errechneten Fehlbetrages von 273 Millionen Reichsmark sehe er keinen Weg wenn nicht die Kreuzer-Anleihe zustande komme.

Kein Preis für die Saar-Rückgabe!

Regierungserklärung im Preussischen Landtag.

Berlin, 25. Januar.

Im Preussischen Landtag hat die deutsch-nationale Fraktion die große Anfrage eingebracht: „Nach den vorliegenden Berichten über die nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen im Haag ist die sofortige Rückgliederung des Saargebietes zu Deutschland bei dauerlicher Weise nicht erstrebt oder jedenfalls nicht erreicht worden. Es liegen Nachrichten vor, nach denen Frankreich die Internationalisierung und Privatifizierung der Saargeuben und für längere Zeit die Aufrechterhaltung der französischen Zollhoheit fordert. Der Antrag die Preisgabe eines Teiles des neuen Kobens (im Altertschreib) zur Bedingung der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland machen möchte. Diefen Forderungen Frankreichs kann unmöglich zugestimmt werden.“

„It das Staatsministerium bereit, dafür einzutreten, daß die Wünsche des Saargebietes und seiner Kruben bedingungslos erfolgt und daß das Deutsche Reich es ablehnt, auf der Grundlage solcher Forderungen überhaupt zu verhandeln?“

Regierungserklärung im Preussischen Landtag.

Im Preussischen Landtag machte der preussische Handelsminister Dr. Schreiber bei der zweiten Beratung des Haushalts der Bergverwaltung bemerkenswerte Ausführungen zur Saargefrage. Er wies auf die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten hin, nach der Preußen die uneingeschränkte und unbelagerte Rückführung des Saargebietes in den Staatsbesitz erwarte. Es könne kein Zweifel bestehen, daß sich Preußen bei dieser Forderung in vollkommener Uebereinstimmung mit der Reichsregierung befindet. Da die Bergwerke an der Saar infolge des Friedensvertrages Frankreich als vorübergehender Ausgleich für die Schädigung seiner Kruben übergeben werden müßten, andererseits aber diese Schädigungen jetzt bereits längt ausgeglichen seien, sei das weitere Verbleiben der Saargebiete in französischer Verwaltung gegenstandslos geworden.

Die ungenannten Stellen, die das deutsche Volk durch den im Haag vereinbarten Neuen Plan auf sich nehmen soll, verbietet es ihm, zur Erreichung politischer Ziele, deren baldige Bewirkung ohnehin außer Zweifel steht, noch einen besonderen Preis zu zahlen.

Die Ausführungen des Ministers fanden den lebhaften Beifall des Hauses.

Verhandlungen hinter den Kulissen.

Einigung beim Jünderholzwaldmonopol.

Berlin, 26. Januar.

Die Regierungsparteien hielten eine neue interfraktionelle Besprechung ab, in der man sich auf einen Kompromißantrag zum Jünderholzwaldmonopol einigte.

Darauf bleibt das monopolistische Kontingent der Groß-einkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgegebenen Höhe von 23 000 Normalstücken für die Hamburger und 3700 Normalstücken für die Kölner Organisation bestehen. Eine Kürzung tritt aber ein bei den Steigerungsstufen, die die Regierungsvorlage ausschließlich für die Kontingente vorgegeben hat. Der Steigerungsstufen vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 345 auf 290 Normalstücken und für die Kölner Organisation von 56 auf 37 Normalstücken.

Die in der Vorlage vorgegebenen Kleinverkaufshöhenpreise werden durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufshöhenpreisen identisch, also zu Festpreisen gemacht; die nicht überhöhten, aber auch nicht unterboten werden dürfen.

Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß befristet werden. Schließlich ändert der Kompromißantrag die Regierungsvorlage in der Beziehung, daß an Stelle der vorgegebenen Ermächtigung zum Erlaß von Ausschließungsbeschlüssen die Nach-Bestimmung aufgenommen wird: Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichstages Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz, insbesondere auch Vorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Ausstattung der Jünderwaren. Zumberhandlungen können mit Geldstrafen bedroht werden.